

Sozialdemokratische Partei Deutschland

Ortsverein Ludwigsvorstadt-Isarvorstadt

München, den 21.10.24

Antrag für den Parteitag des SPD-Unterbezirks München

Die Münchner SPD setzt sich dafür ein, dass nicht länger gesamtgesellschaftliche Kosten in die Sozialversicherungen verschoben werden.

Mit der neuen Krankenhausstrukturreform, die absolut notwendig ist, werden wieder Kosten in die gesetzliche Krankenkassen verschoben, die eigentlich von der deutlich größeren Gruppe aller Bürgerinnen und Bürger getragen werden müssten. Warum werden nur gesetzlich Versicherte belastet und die privat Versicherten bleiben außen vor?

Schon seit Jahren werden Kosten verschoben, angefangen mit der Aufnahme der DDR Rentner nach der Wiedervereinigung in die Renten- und Krankenkassen, die Finanzierung von Sprachkursen für Geflüchtete durch die Arbeitslosenversicherung, Kosten rund um Elternschaft in die gesetzliche Krankenversicherung (Kinder sind gesellschaftlich erwünscht und keine Krankheit), von Aufwendungen während der Pandemie ganz zu schweigen, um nur einige, wenige Beispiele zu nennen.

All dieses ist eine ungerechte Umverteilung von unten nach oben, die unsere Sozialdemokratische Partei nicht mittragen darf. Was die CDU/CSU mit ihrem doppelten Diktum: keine Steuererhöhung, keine Reform der Schuldenbremse installiert hat, darf nicht zu sozialdemokratischer Realpolitik werden.

Dies muss auf dem nächsten SPD Parteitag unbedingt angegangen werden.